

2)

## Baltikumreise von Staatssekretär Franz Blankart vom 21. bis 23. Dezember 1992

Eine Delegation des BAWI unter der Leitung von Staatssekretär Franz Blankart (B) besuchte vom 21. bis 23. Dezember die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Der Besuch diente der Unterzeichnung von bilateralen Freihandels- und Investitionsschutzabkommen sowie einer direkten Kontaktnahme mit den Regierungen der baltischen Republiken. Es ist vorgesehen, die Freihandelsabkommen auf den 1. April 1993 in Kraft zu setzen.

In Tallinn erörterte B mit Staatspräsident L. Meri die politische Lage in Estland (Problem der russischen Minderheit) sowie die europäische Integrationspolitik der Schweiz und Estlands. Mit Aussenminister T. Velliste, der estnischerseits das Freihandels- und das Investitionsschutzabkommen unterzeichnete, wurde die Frage der Multilateralisierung der bilateralen Freihandelsabkommen mit den verschiedenen EFTA-Staaten diskutiert. Hauptgesprächsthemen mit Finanzminister M. Üürrike waren die erfolgreiche Einführung der estnischen Krone sowie die Finanz- und Währungspolitik. Das Treffen mit den Privatisierungsbehörden zeigte, dass sich Estland in diesem Bereich zwar noch in der Startphase befindet, aber entschlossen voranschreitet. Es wird eine ähnlicher Ansatz verfolgt wie in Ostdeutschland ("Treuhand"-Modell).

In der lettischen Hauptstadt Riga wurden ebenfalls ein Freihandels- und ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet (lettischerseits von Handelsminister E. Zausajevs bzw. Aussenminister G. Andrejevs). Hauptthemen der Gespräche mit Premierminister I. Godmanis und Staatssekretär M. Gailis waren wiederum die Frage der Behandlung der russischen Minderheit sowie des Truppenrückzugs, dies insb. vor dem Hintergrund der Regierungsumbildung in Moskau. Vizefinanzminister U. Osis und Wirtschaftsreformminister D. Ritins wiesen auf die enge wirtschaftliche Verflechtung mit der GUS hin. Die Einführung einer eigenen Währung sei vorgesehen (gegenwärtig wird eine Übergangswährung verwendet), aber es sei noch nicht entschieden, ob der Wechselkurs wie im Falle Estlands an eine Westwährung gebunden oder ein fluktuierender Kurs gewählt würde. Was die Privatisierung betrifft, wird in Lettland ein dezentraler Ansatz gewählt.

In Vilnius wurde mit dem neuen litauischen Premierminister B. Lubys, dessen Kabinett wenige Tage zuvor vereidigt wurde, ein Investitionsschutzabkommen unterzeichnet (das Freihandelsabkommen wurde bereits am 24.11.92 unterzeichnet). Der Premierminister wie auch Aussenminister P. Gylys unterstrichen die grundsätzliche Kontinuität der litauischen Wirtschafts- und Aussenwirtschaftspolitik unter der neuen, von der litauischen Arbeiterpartei (frühere KP) gebildeten Regierung. Wirtschaftsminister J. Veselka hinterliess demgegenüber eher den Eindruck eines alten Denkmustern zugewandten Politikers. Die litauischen Behörden betonten ihr Interesse an Direktinvestitionen und schienen sich der Notwendigkeit, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, durchaus bewusst zu sein.

